

PARLAMENT DER
DEUTSCHSPRACHIGEN
GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2004-2005

Nr. 11

Ausführlicher Bericht

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass ich gestern auf die meisten Fragen in Bezug auf den Organisationsbereich 30 bzw. das Unterrichtswesen geantwortet habe. Zwei Punkte, die angesprochen wurden, habe ich vergessen. Zunächst einmal das Thema der Hochschulen. Dort wurde konkret nach dem Stand der Dinge gefragt. Ich kann Ihnen berichten, dass auch weiterhin die Arbeitsgruppen sehr aktiv und intensiv daran arbeiten, die Grundlage dafür zu schaffen, dass wir im nächsten Schuljahr zumindest das erste Jahr dieser Hochschule zusammenlegen und die Neugründung einer autonomen Hochschule vollziehen können.

Gleichzeitig - das weiß das Parlament natürlich am besten - arbeiten wir sehr intensiv und sehr konstruktiv daran, die entsprechenden dekretalen Grundlagen zu schaffen. Dazu gehört der Sonderdekretvorschlag, für den wir eine Zweidrittelmehrheit brauchen. Dazu gehört - morgen treffen wir uns zu dieser Thematik im Ausschuss - auch der normale Dekretvorschlag. In Zusammenhang mit der Neugründung der Hochschule wäre es von fundamentaler Bedeutung, wenn wir es schaffen könnten, noch vor Inkrafttreten der betreffenden Dekrete und vor der denkbaren Einsetzung eines Verwaltungsrates, dem Ganzen vorzugreifen, indem wir einen „Gründungsrat“ - so nenne ich es mal - schaffen würden. Ein Gründungsrat, der gleich zu Beginn Aufgaben wahrnehmen würde, die eigentlich erst später der Verwaltungsrat auf juristischer Ebene übernehmen könnte. Das vor dem Hintergrund, dass schon im Laufe der jetzigen Zusammenarbeit entsprechende Entscheidungen zu fällen sind, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, insbesondere die Festlegung von Stundenrastern und Bildungsbereichen. Wir arbeiten sehr intensiv daran, einen solchen Gründungsrat auf die Beine stellen zu können. Das setzt das Einverständnis aller Partner voraus. Diesbezüglich treffen wir uns bereits morgen früh um 8.30 Uhr, um - so hoffe ich - zu einem vernünftigen Abschluss in dieser Sache zu kommen. Das wäre ein ganz entscheidender Schritt hin zu dieser Neugründung.

Ich tue mich oft schwer mit Bemerkungen der Kollegen Dr. Meyer und Dr. Meyer der Vivant-Fraktion. In Bezug auf die Hochschule muss ich ihnen aber bescheinigen, dass sie hier sehr konstruktiv argumentiert haben. Sie haben eine Evaluierung der Leistungen gefordert. Das entspricht dem, was ich mir vorstelle. Sie haben Ansprüche an die Ausbildung insgesamt definiert, die hoch sein sollten. Das entspricht dem, was wir vorhaben.

Was die Infrastruktur angeht, wissen Sie, dass wir sowieso bei allen Infrastrukturvorhaben der Gemeinschaft großen Wert auf Wärmedämmung und auf Klimaschutz insgesamt legen. Im Zusammenhang mit der Neugründung der Hochschule kann ich Ihnen allerdings nicht zu viel versprechen. Wir werden auf keinen Fall ein neues Gebäude für diese Hochschule errichten. Sie wissen, dass in der Monschauer Straße bereits Möglichkeiten bestehen, die vielleicht angepasst werden müssen. Aber ein ganz neues Gebäude werden wir nicht errichten. Bei allen Maßnahmen werden wir selbstverständlich den Klimaschutz, der von Bedeutung ist, berücksichtigen.

Die Musikakademie wurde angesprochen. Herr Schröder hatte das zum Thema gemacht. In der Musikakademie gibt es in der Tat im Moment Probleme, die gesetzliche Ursachen haben. Allerdings keine gesetzlichen Ursachen, für die wir als Gemeinschaft verantwortlich wären, sondern vielmehr sind es die koordinierten Gesetze vom 18. Juli 1966 über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten, die uns in diesem Zusammenhang Sorge bereiten. Wie Sie wissen, können wir diese föderale Gesetzgebung nicht abschaffen und sie auch nicht abändern. Sie führt ganz konkret dazu, dass das Diplom entscheidend ist für den Zugang zum Amt und entsprechende, sehr schwierige Sprachenprüfungen beim SELOR abzulegen sind. Das ist natürlich keine komfortable Situation. Sie kann mittelfristig nur dadurch behoben werden, dass wir die Musikakademie in das Gemeinschaftsunterrichtswesen übertragen und dann die dort gültige, von uns vorgelegte Sprachengesetzgebung zur Anwendung bringen - vielleicht sogar in einer etwas angepassten Form. Ich muss Ihnen jedoch sagen, dass das ein Prozess ist, für den noch einiges an Vorarbeit zu leisten sein

wird. Wir überlegen im Moment sehr intensiv - ich hatte entsprechende Gespräche mit dem Verwaltungsratspräsidenten und dem Direktor der Akademie -, ob und wie möglicherweise eine Übergangslösung denkbar wäre. Ich weise darauf hin, dass das aus juristischer Sicht kein einfaches Unterfangen ist. So viel zum Unterrichtswesen und zu den Fragen, die ich gestern noch nicht beantwortet hatte. Zu der Frage des Kollegen Palm in Bezug auf den Vorruhestand komme ich zu einem späteren Zeitpunkt zurück.

Vielmehr wollte ich mich in der heutigen Debatte mit einer Analyse der Bemerkungen zum Haushalt insgesamt befassen, einem Haushalt, der jeden Mehrheitspolitiker, jedes Regierungsmitglied und damit auch mich selbst betrifft. Eingehen möchte ich ganz besonders auf die Bemerkungen der CSP. Da sind mir vor allem zwei Vorwürfe besonders aufgefallen. Zum einen der Vorwurf, dieser Haushalt sei klinisch tot. Die Mediziner und die Nichtmediziner in diesem Hause haben in der letzten Woche ausgiebig versucht, diesen Begriff zu definieren. Ich kann dem nicht sehr viel Sinnvolles hinzufügen. Dann haben Sie, Kollegen der CSP, einen zweiten Vorwurf erhoben, nämlich denjenigen, dass es in diesem Hause „Wendehälse“ gäbe. Kollege Franzen sprach mich ganz persönlich an und nannte mich einen „Wendehals“. Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich mir die Frage gestellt habe, was denn ein Wendehals eigentlich ist. Auf Anhieb konnte ich mir wirklich nicht vorstellen, wieso mich Kollege Franzen als einen solchen bezeichnet.

Was ist ein Wendehals? Ich habe den Brockhaus konsultieren müssen, um auch nur den Versuch unternemen zu können, einen Zusammenhang zwischen diesem Begriff und mir selbst herzustellen. Ich habe eine interessante Definition gefunden. Laut Brockhaus ist ein Wendehals ein 16 cm großer, rindensfarbiger Specht, der seine Eier in Baumhöhlen legt und den Kopf um 180 Grad drehen kann. Mit der sehr langen klebrigen Zunge nimmt er Ameisen auf und überwintert in Afrika und Asien.
(Gelächter)

Ich habe mich gefragt: Kann diese Definition ernsthaft auf mich zutreffen? Sie sehen: Ich bin mehr als 16 cm groß, und trotz meiner Bemühungen heute Morgen habe ich es nicht geschafft, den Kopf um 180 Grad zu drehen. Also habe ich mich gefragt, wen Sie denn in diesem Hause damit gemeint haben könnten. In unserer Fraktion, der PJU/PDB-Fraktion - ich schaue die Kollegin und die Kollegen an - bin ich nicht fündig geworden. Auch dort kann niemand den Kopf um 180 Grad drehen. Also habe ich weiter gesucht. Auf der Suche danach habe ich mich mit den Annalen unseres Parlamentes befasst, denn einen solchen Vorwurf muss man ernst nehmen, wenn er vom Fraktionsführer der größten Fraktion dieses Hauses erhoben wird. Ich habe also die Annalen des Parlamentes bemüht, und siehe da: ich bin fündig geworden. Jedenfalls habe ich verstanden, wen und was Sie mit diesem Begriff meinen. Dieses Ergebnis meiner Recherchen möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Vor allem möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, dass zwischen den beiden Vorwürfen vom „klinisch toten“ Haushalt und vom „Wendehals“ ein direkter Zusammenhang besteht.

Beginnen wir mit dem etwas geschmacklosen Vorwurf, dieser Haushalt sei klinisch tot. Der Blick in die finanzpolitische Geschichte unserer Gemeinschaft sagt über diesen Begriff viel aus. Zunächst einmal zu den Haushaltsergebnissen. Zwischen 1992 und 1999 erwirtschafteten CSP-geführte Regierungen innerhalb von acht Jahren Defizite in Höhe von 82,3 Millionen EUR. Im Schnitt also ein Defizit von mehr als 10 Millionen EUR pro Jahr. Im Jahre 1994 schaffte die CSP-geführte Regierung sogar ein Defizit von nie vorher erreichten 19 Millionen EUR. Das waren damals 22% des Einnahmehaushaltes. Interessant ist dabei, wie die CSP solche Haushalte mit solchen Defiziten beurteilte. Jedem, der damals Mitglied dieses Hauses war - ich selbst gehörte dazu -, wird in Erinnerung geblieben sein, was der damalige Ministerpräsident und Finanzminister der CSP zu solchen Haushalten jedes Jahr gebetsmühlenartig zu sagen pflegte: „Der Haushalt ist gesund, kerngesund.“ Der heutige CSP-Finanzexperte und damalige Fraktionsführer Franzen fügte hinzu: „Vor diesem Hintergrund“ - dem der Defizite, die ich eben beschrieb - „brauchen Sie sich um unsere Haushaltsführung keine Sorgen zu machen. Wir haben die Finanzlage im Griff.“ Defizite von 10

Millionen EUR im Schnitt pro Jahr bezeichnet die CSP also als kerngesund.

2005 sieht der Haushalt ein Defizit von 1,1 Millionen EUR vor, d.h. zehnmal weniger. Im Vergleich zum Einnahmehaushalt sind das 0,7%. Wie urteilt die CSP über einen solchen Haushalt? Sie urteilt: „Der Haushalt ist klinisch tot.“ Das bedeutet - und das ist erstaunlich -: 10 Millionen EUR Defizit pro Jahr im Schnitt während acht Jahren ist „kerngesund“; 1 Million EUR Defizit ist „klinisch“ und damit beinahe „tot“. 22% Defizit im Vergleich zum Einnahmehaushalt ist laut CSP kerngesund. 0,7% ist „klinisch tot.“ Bei der Suche nach einer Antwort auf die Frage, wer nun warum in diesem Hause wohl ein Wendehals sein könnte, habe ich mich in meinem finanzpolitischen Rückblick auch mit der Verschuldung befasst. Schließlich ist nicht nur das Defizit von finanzpolitischer Bedeutung. Was habe ich bei meiner intensiven Suche nach Wendehälsen dort gefunden? Zwischen 1995 und 1999 nahmen CSP-geführte Regierungen Anleihen in Höhe von insgesamt 34,7 Millionen EUR auf - im Schnitt also 7 Millionen EUR pro Jahr. Sie wissen, dass das vor und nach Ihnen nie wieder jemand hinbekommen hat. Wie urteilte die CSP damals? Ich zitiere: „Das ist eine gesunde Haushaltspolitik.“ Gesund!

Im Jahre 2005 wird diese Regierung versuchen, überhaupt keine Anleihen aufzunehmen. Wie lautet da das Urteil der CSP? Klinisch tot! 2005 wird die Restschuld der Gemeinschaft inklusive Leasing im Verhältnis zum Gesamthaushalt 28% ausmachen. Kollege Franzen nennt das „klinisch tot.“ Herr Franzen, haben Sie mal nachgeschaut, wie dieses Verhältnis, das heute 28% beträgt, im letzten Jahr Ihrer eigenen Regierungsbeteiligung aussah? Dieses Verhältnis - inklusive Leasing - betrug 1998 knapp 39%. Wissen Sie, Herr Franzen, wie Sie damals ein solches Verhältnis genannt haben? Kerngesund! Sie werden bemerkt haben, dass ich von einer Schuld inklusive Leasing sprach. Bei meiner Suche nach der Beantwortung der Frage, wo es in diesem Hause Wendehälse gibt, habe ich noch etwas anderes entdeckt. Mir fiel auf, dass nicht der heutige Ministerpräsident, Herr Lambertz, das Autorenrecht für sich in Anspruch nehmen darf, zum ersten Mal Leasingverträge für die Gemeinschaft unterschrieben zu haben. Seine Unterschrift war zwar auch drauf, aber der erste Leasingvertrag wurde unterschrieben von einem CSP-Finanzminister und Ministerpräsidenten. Das war im Jahr 1998 und betraf das oftmals kritisierte Verwaltungsgebäude in Eupen. Damals sprachen wir von einer Summe von 8,5 Millionen EUR. Insgesamt haben Sie Recht, Kollege Franzen, dass dieses Verhältnis auch in dieser Legislaturperiode bis zu 40% ansteigen könnte. Aber wie können Sie behaupten, dass ein Patient mit 40% klinisch tot ist, wenn er mit 39% noch kerngesund ist? Vielleicht, Kollege Franzen, wegen der jährlichen Schuldenbelastung? Das könnte ja mal sein.

2004 haben wir insgesamt 2,25 Millionen EUR für die Rückzahlung von Schulden aufbringen müssen. Die haben den Haushalt natürlich belastet. Sie sagen, Kollege Franzen, das sei viel. Mag sein, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP, haben Sie mal nachgeprüft, welche Schulden wir damit zurückgezahlt haben? Ich will es Ihnen sagen: ausschließlich Ihre Schulden, ausschließlich Anleihen, die von CSP-geführten Regierungen aufgenommen und von CSP-Finanzministern unterschrieben wurden. Auch 2006 betreffen fast 80% der Rückzahlungen, die uns, wie Sie richtig sagen, viel Geld kosten, Schulden, die von CSP-geführten Regierungen und von CSP-Finanzministern gemacht und unterschrieben wurden. Auch 2007 werden es noch immer ungefähr 60% unserer gesamten Schuldenbelastung sein. Wir werden 2005 4,5 Millionen EUR, d.h. 2,6% unserer Einnahmen für die Tilgung der Schuldenlast aufbringen müssen. Wie gesagt, zum größten Teil für Schulden, für die Sie mitverantwortlich sind. Nun behaupten Sie aber, dass der Haushalt 2005 klinisch tot sei. Im letzten Jahr Ihrer Regierungsbeteiligung, als Sie, Kollege Franzen, Fraktionsführer waren, da waren es 3,8%. Damals sagten Sie, der Haushalt sei gesund. 3,8% ist gesund, 2,6% ist klinisch tot.

Sie, Kollege Franzen, sagten sogar am 17. November 1997 in diesem Hause wörtlich und voller Stolz - ich war anwesend -: „Es wird 1998 möglich sein, Infrastrukturmaßnahmen zu bezuschussen, ohne sie ganz über Anleihen finanzieren zu müssen. Vor diesem Hintergrund kann man von einer echten und konsequenten Sanierung der Finanzen sprechen.“ Sie fügten hinzu: „Die Stabilität der Finanzpolitik ist dann gewährleistet, wenn von Jahr zu Jahr die Höhe der Anleihen die Ausgaben im Infrastrukturbereich nicht übertrifft.“ Wenn das stimmen würde, was Sie damals als Grundphilosophie

für gesunde Haushalte verkündeten, müssten Sie diesen Haushalt 2005 als topfit - fitter geht es gar nicht - bezeichnen. Denn hier stehen 0 Anleihen Infrastrukturausgaben von 7,3 bis 8,4 Millionen EUR gegenüber, wenn ich die Ausstattungen hinzunehme.

Ähnlich verhält es sich mit der von Ihnen erwähnten Differenz zwischen dem Wachstum von Einnahmen und Ausgaben. Diese Differenz war nie so ungünstig wie 1993. Damals sagte der CSP-Finanzminister, der Haushalt sei gesund. Heute soll er klinisch tot sein.

Warum dieser Blick, liebe Kolleginnen und Kollegen, in die Vergangenheit? Was kann man daraus schlussfolgern? Die Finanzpolitik der CSP-geführten Regierungen, die gigantischen Haushaltsdefizite der 90er-Jahre und die daraus resultierenden Schulden belasten unseren Haushalt immer noch, und zwar nachhaltig. Für vieles von dem, was Sie heute kritisieren, z.B. in Bezug auf mangelnde Handlungsspielräume, sind Sie entscheidend mitverantwortlich. Zweitens, es zeigt vor allem - darauf kommt es mir an -, dass Haushaltsbeschlüsse, ob sinnvoll oder nicht, immer von langfristiger Tragweite sein können. Deshalb hat sich gerade diese Regierung vorgenommen, verantwortungsbewusst mit unserem Geld umzugehen. Die in der Regierungserklärung aufgeführten Ziele sind ehrgeizig. Ich hoffe, dass wir sie erreichen werden. Wir werden uns anstrengen müssen, um endlich die Grundlage für langfristige Handlungsspielräume zu schaffen. Drittens, es mag sein - das war der Grund für meine Recherchen -, dass es in diesem Hause Wendehälse gibt. Aber wenn es sie gibt, dann nicht bei uns, sondern bei Ihnen, liebe Kollegen der CSP!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Erlauben Sie eine kleine Zwischenbemerkung? ...*(Unruhe im Saal)* ... Erstens hat es zwar mehrfach Regierungen gegeben, die von einem aus den Reihen der CSP kommenden Ministerpräsidenten geführt wurden, aber nie hat es eine reine CSP-Mehrheit gegeben. Es waren immer Kollegen entweder aus der SP oder der PFF oder sogar beiden Parteien an der Regierung beteiligt. Die Verantwortung lag auf mehreren Schultern. Zweitens war das alles vor Lambermont. Ich möchte betonen: Lambermont sollte diesen berühmten Würgegriff lockern. Aber das ist leider nicht mit dem notwendigen Erfolg geschehen, denn trotz Lambermont stecken wir jetzt fest in einem Korsett.

HERR PAASCH, Minister.- Lieber Kollege Franzen, gerade weil diese Regierungen damals nicht mit Lambermont rechnen konnten - das konnten sie nun wirklich nicht -, war dieser Würgegriff so schlimm, so unausweichlich, schwierig und nachhaltig. Gerade deshalb, weil Sie diese Einnahmen nicht mit einkalkulieren konnten, hätten Sie damals aufpassen müssen. Aber Sie haben Recht. Sie sind nicht alleine verantwortlich. Vielleicht war all das - Kollege Evers hat es gestern angesprochen -, was gemacht wurde, auch gar nicht falsch. Ich habe das auch nicht bewertend kommentiert. Aber eines steht mit Sicherheit fest, Kollege Franzen: Sie sind der Einzige von all denen, die damals an der Regierung beteiligt waren, der heute sagt, dass der heute vorliegende Haushalt klinisch tot sei. Sie sind der Einzige, der sich damit in den Widerspruch begibt, damals gesagt zu haben, andere, viel schlimmere Haushalte seien kerngesund. Das dürfte ein erstes Indiz sein, wenn man eine Antwort auf die Frage sucht, wer sich widerspricht und wer folglich ein Wendehals ist. ... *(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)* ... Ich gebe zu, Kollege Franzen, dass Sie nicht in der Lage sind, Ihren Kopf um 180 Grad zu drehen. Aber Sie und viele, die heute noch in diesem Hause sitzen und damals Verantwortung trugen, haben bewiesen, dass Sie zumindest Ihre Meinung innerhalb einer einzigen Legislaturperiode um 180 Grad drehen können. Was gestern noch kerngesund war, ist heute klinisch tot.

Viertens, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir in Sachen Finanzpolitik - dies ist eine ganz entscheidende Schlussfolgerung - keine Lektion von der CSP. Wir haben gesehen, wohin uns solche Lektionen führen. Daran hat sich übrigens nichts geändert. Das zeigt uns nicht zuletzt das alternative Finanzkonzept, das die CSP kürzlich in der Presse und im Parlament vorstellte.

„Dieser Haushalt ist weder klinisch tot, noch ist er kerngesund“, sagte Kollege Palm. Ich schließe mich seiner Analyse vollkommen an und möchte sie an dieser Stelle nicht vertiefen. Gerade ich weiß, dass es in jeder langfristigen Finanzplanung Unbekannte und Unwägbarkeiten, z.B. bei den Parametern, gibt. Anders kann es gar nicht sein. Aber wir können uns nur auf das berufen, was wir heute wissen. Gerade ich habe es an diesem Rednerpult sehr oft gesagt und darauf hingewiesen, aber auch andere haben das getan, dass unsere Handlungsspielräume in den nächsten Jahren sehr begrenzt sind. Das kann in diesem Hause niemanden verwundern, der die Haushaltsdebatten der letzten Jahre mit verfolgt hat. Es wäre falsch, von einem kerngesunden Haushalt zu sprechen. Es wäre falsch und widersprüchlich, denn ich würde mir widersprechen und ich käme dem nahe, was Sie eigentlich sind, nämlich jemand, der seine Meinung um 180 Grad drehen kann. Im Brockhaus wird so einer mit einem bestimmten Wort umschrieben.

Wenn es darum geht, Handlungsspielräume zu schaffen, sind damals wie heute die Alternativvorschläge der CSP völlig ungeeignet. Ich möchte mich ganz kurz damit befassen. Ich glaube, diesbezügliche Vorschläge einer großen Fraktion wie der Ihren, verdienen es, kommentiert zu werden, und zwar unter zwei Blickwinkeln. Erstens: Wo wollen Sie Geld sparen? Zweitens: Wofür wollen Sie das gesparte Geld ausgeben? Kollege Evers hat zu Recht darauf hingewiesen: Sie sparen natürlich bei anderen. Aber das ist nicht das Wichtigste. Sie sparen vor allem bei der Regierung und Sie sparen Geld ein, indem Sie Ecolo und Vivant eine vernünftige Arbeitsgrundlage verweigern möchten. Das meiste Geld wollen Sie dadurch sparen, dass Sie einen Minister und seine Mitarbeiter entlassen. Sie wissen, dass wir bei der Regierung schon gespart haben. Sie können das nicht redlich bestreiten. Es stimmt: Wir hätten zusätzlich dazu noch einen Minister mitsamt seinem Kabinett feuern können, oder vielmehr Sie, meine lieben Damen und Herren Parlamentarier, hätten das beschließen können.

Wie ernst dürfen wir diesen Vorschlag aus dem Munde der CSP wirklich nehmen? Wahrscheinlich sehr ernst, solange die CSP in der Opposition sitzt. Das ist ja bekanntlich noch ziemlich lange. Aber was würde die CSP tun, wenn sie in der Mehrheit wäre? Würde sie dann immer noch vorschlagen, die Anzahl ihrer dann eigenen Mitarbeiter derart zusammenzustauchen? Ich glaube nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP, dass Sie das tun würden, und dies aus mehreren Gründen. Erstens, wir erinnern uns noch alle sehr gut daran, dass Ihr Spitzenkandidat und damaliger Präsident vor den Wahlen in einer Fernsehdebatte auf die Frage, ob er einem vierten Minister zustimmen würde, geantwortet hat, das hänge ganz ausschließlich und entscheidend von den Koalitionsverhandlungen ab.

Ich brauche Sie wohl auch nicht daran zu erinnern - jedenfalls einige von Ihnen nicht -, dass Ihre Vertreter - der damalige Parteipräsident und sein heutiger Nachfolger - mir während der Koalitionsverhandlungen auf meine konkrete Frage vor Zeugen geantwortet haben - ich zitiere -: „Außer im Falle einer Koalition zwischen“ - ich lasse das jetzt einmal offen - „X, Y und Z, d.h. außer dieser einen Konstellation, wird die CSP auf die Schaffung eines vierten Ministeramtes bestehen müssen.“ Nun sind Sie nicht in der Koalition, und urplötzlich erscheint Ihnen das vierte Ministeramt ganz und gar unnötig. Schlimmer noch: Weil die pure Abschaffung eines vierten Ministeramtes finanziell nicht viel bringen würde - das wissen wir alle -, wollen Sie zudem den bereits stark zusammengestrichenen Mitarbeiterstab der Regierung um sieben weitere Personen kürzen.

Zweitens, die CSP will also heute 450.000 EUR einsparen, indem sie die Führungsetage der Gemeinschaft, inklusive Minister, auf 31,5 Mitarbeiter beschränkt, d.h. 3 Minister und 28,5 Mitarbeiter inklusive Sekretariat. Ich halte das für ganz und gar unrealistisch und beziehe dies auf mich selbst. Mir stehen im Moment - jedenfalls könnte es so sein - 1 Kabinettschef und 2 Berater für das gesamte Unterrichtswesen der Gemeinschaft zur Verfügung. Viel können Sie da schon rein rechnerisch nicht mehr streichen.

Um die Glaubwürdigkeit der CSP beurteilen zu können, lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit. Wie hat die CSP gehandelt, als sie selbst noch in der Regierung war? Siehe da: Unter

Ministerpräsident Maraite beschäftigte die Regierung 44,5 Personen: 3 Minister und bis zu 41,5 Mitarbeiter. Weil es um die wichtige Glaubwürdigkeit geht, stellt sich natürlich die Frage, ob diese Kabinette in Ihren Augen damals zu großzügig besetzt waren. Ich erlaube mir hier den damaligen Ministerpräsidenten, Herrn Maraite, zu zitieren: „Aber was ich nicht dulden kann - das sage ich mit klarer Entschiedenheit - ist, dass die Arbeit der Kabinettsmitarbeiter in Frage gestellt wird. Ich sage es noch einmal und werde es so oft gebetsmühlenartig wiederholen: Im Vergleich zum Landesinnern sind alle Kabinette gar nicht mal großzügig besetzt., wenn man bedenkt, dass eine ganze Reihe von Aufgaben, unabhängig von der Größe des Gebietes, den gleichen Arbeitsaufwand wie in den anderen Gemeinschaften erfordert.“ Das wollte der damalige CSP-Regierungschef immer wieder gebetsmühlenartig wiederholen.

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Sind wir hier in einer Haushaltsdebatte oder einer Debatte über die CSP?

HERR PAASCH, Minister.- Ich befasse mich doch mit Ihrem Haushaltsvorschlag! Das werden Sie doch zulassen?

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Ja sicher, machen Sie weiter so!

HERR PAASCH, Minister.- Die Gebetsmühle ist zwar verstummt, aber dennoch erscheint es heute wenig glaubhaft, wenn dieselben Leute von einer anderen Regierung, die ohnehin viel kleiner ist, fordern, weitere 8 Personen - 1 Minister und 7 Mitarbeiter - zu entlassen. Die Forderung der CSP ist somit nicht glaubwürdig und auch nicht ernst zu nehmen. ... *(Zwischenruf von Herrn Franzen)* ... Aber das ist auch gar nicht so entscheidend, wenn man bedenkt, welche Zuständigkeiten in der Zwischenzeit zu verwalten sind. Die Forderung der CSP ist jedenfalls nicht glaubwürdig, aber das macht auch gar nichts.

In Wirklichkeit würde Ihr Vorschlag relativ wenig zur Sanierung des Haushalts und noch weniger zur Steigerung der Bildungsqualität beitragen. Sie müssen sich nämlich dann entscheiden, wofür Sie dieses gesparte Geld ausgeben würden. Für den BRF, wie Sie am Donnerstag forderten? Für Kultur und Erwachsenenbildung, wie sie ebenfalls am Donnerstag forderten? Für den Behindertenbereich, für den Sie wenige Stunden später etwas forderten? Für das betreute Wohnen, wie Sie wenige Minuten danach forderten? Oder für die Familienpolitik, wie Sie in derselben Minute forderten? Oder für die Senioren, wie Sie es zwei Minuten später gefordert haben? Für das Stundenkapital, wie Sie gestern lautstark forderten? Oder für das Arbeitsamt, wie Sie kurz zuvor gefordert hatten? Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP, auch Ihnen wird es nicht gelingen, das Geld zwölf mal auszugeben.

Ich möchte vor allem zu bedenken geben, dass Sie Minister und Regierung - das ist von langfristiger finanzpolitischer Bedeutung - nur ein einziges Mal abschaffen können. Den Kollegen von Ecolo und Vivant die vernünftigen Arbeitsbedingungen zu verweigern, das können Sie nur einmal beschließen. Sie beklagen fehlende Handlungsspielräume sowie zu hohe Ausgaben und gleichzeitig fordern Sie uns auf, die Ausgaben in allen Bereichen drastisch zu erhöhen, außer dort, wo Sie vorgeben, sparen zu wollen.

(Zwischenruf von Herrn Franzen)

Ich habe einmal auszurechnen versucht, welche Auswirkungen Ihr Konzept auf unseren Haushalt haben würde, was also geschehen würde, wenn Sie an der Regierung beteiligt wären. Dabei habe ich Ihre Sparvorschläge und einige Ihrer Forderungen berücksichtigt. Im Organisationsbereich 40 forderten Sie u.a. neue Konzepte für den BRF bzw. eine Erhöhung der entsprechenden Dotation. Sie forderten mehr Geld für die Kultur, mehr Geld für den Sport, für das Medienzentrum und insbesondere für den Denkmalschutz. In der Frage des Denkmalschutzes und des BRF haben Sie sich getraut, Summen zu nennen: Mittel, die wir für den Denkmalschutz von der Wallonischen Region erhalten haben und beim BRF die 2%ige Steigerung, die dieses Jahr nicht erfolgt ist, nämlich eine

Indexsteigerung.

Im Organisationsbereich 50 haben Sie so richtig losgelegt: Pflegeversicherung, Altenheime, Dienstleistungsschecks, Kinderkrippen, häusliche Betreuung, Wohnungsanpassungen, Dienststelle für Personen mit Behinderung, Notarzdienst Eupen, all das sollte mit mehr Geld ausgestattet werden. Auch dazu haben Sie kaum Zahlen genannt, außer für die Dienststelle, die zumindest eine Indexanpassung von 2% erhalten sollte.

Im Organisationsbereich 30 haben Sie viel gefordert. Zweimal haben Sie Zahlen genannt: beim Arbeitsamt und beim IAWM mindestens die Indexanpassung. Im Unterrichtswesen fordern Sie natürlich die Aufhebung der Einfrierung des Stundenkapitals. Es wäre interessant zu wissen, ...

FRAU THIEMANN *(aus dem Saal)*.- Wo haben Sie das gelesen? Das müssen Sie beweisen.

HERR PAASCH, Minister.- Wollten Sie nicht die Indexierung beim Arbeitsamt ?

FRAU THIEMANN *(aus dem Saal)*.- Habe ich das vom IAWM gesagt?

HERR PAASCH, Minister.- Oder beim BRf? Sie haben uns doch vorgeworfen, dass wir die Dotationen eingefroren haben!

FRAU THIEMANN *(aus dem Saal)*.- Es passiert genau, was ich gestern Abend gesagt habe: In einer von allen konstruktiv und sachlich geführten Debatte wird der CSP das Wort im Munde herumgedreht!

HERR PAASCH, Minister.- Ich setze mich doch konstruktiv und sehr sachlich mit Ihren Aussagen auseinander!

FRAU THIEMANN *(aus dem Saal)*.- Sie interpretieren Aussagen und verändern deren Inhalt!

HERR PAASCH, Minister.- Dann müssen Sie alle Ihre Reden zurücknehmen!

FRAU THIEMANN *(aus dem Saal)*.- Um Gottes Willen!

HERR PAASCH, Minister.- Das wäre ja interessant! Also möchten Sie sich nicht mehr für das Arbeitsamt einsetzen?

FRAU THIEMANN *(aus dem Saal)*.- Ich stelle eines fest: In der Zwischenzeit ist der Ministerpräsident schon ersetzt worden, denn nun spricht der Unterrichtsminister über allgemeine Haushaltsfragen und nicht über seinen Bereich!

DER PRÄSIDENT.- Ich bitte Sie, den Redner nicht zu unterbrechen!
(Zwischenrufe und Unruhe im Saal)

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Der vierte Minister besteht heute seine Gesellenprüfung! Der Ministerpräsident wird dann über den Unterricht reden!

HERR PAASCH, Minister.- Sie wissen, dass ich diesem Hause seit vielen Jahren angehöre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP! Falls Sie diese Forderungen zurücknehmen würden, nämlich das Einfrieren der Gelder für die paragesellschaftlichen Einrichtungen und die Aufhebung des eingefrorenen Stundenkapitals, falls Sie all das zurücknehmen wollten, was Sie vor einigen Tagen und vor allem in der Presse versprochen haben, komme ich, ausgehend von den Zahlen, die ich habe ausmachen können - Sie wissen, das ist nur ein Bruchteil dessen, was Sie gefordert haben, denn in den

anderen Fällen haben Sie nicht konkret gesagt, wie viel Sie ausgeben wollen -, zu folgendem Resultat, nachdem Sie einen Minister mit Mitarbeitern entlassen haben, Vivant und Ecolo die Arbeitsgrundlage verweigert haben, ...

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident.- Und das Geld vom Föderalstaat!

HERR PAASCH, Minister.- Ja, die 450.000 EUR vom Föderalstaat habe ich mit berücksichtigt! ... *(Zwischenruf)* ... Sie haben gesagt, Sie wollen den Haushalt sanieren und Handlungsspielräume erarbeiten. Ich kann Ihnen das gerne im Detail ausrechnen und vorlegen. Wir kommen zu folgendem Resultat: Das Haushaltsdefizit würde im Jahre 2005 2,681 Millionen EUR betragen. Die Norm des Hohen Finanzrates würde um 1,252 Millionen EUR verfehlt. Der Stand im Amortisierungsfonds würde ein besonders erquickendes Defizit von 1,518 Millionen EUR aufweisen. Die Folge wäre: Anleihen, die Sie in dieser Größenordnung wahrscheinlich gar nicht aufnehmen könnten. Dabei habe ich nicht all die Forderungen berücksichtigt, zu denen Sie keine Zahlen genannt haben. Was will ich damit sagen? Sie können nicht jedem Menschen und jedem Dienst mehr Geld versprechen und gleichzeitig so tun, als seien Sie in der Lage, damit auch noch den Haushalt der Gemeinschaft zu sanieren. Sie können schon gar nicht so tun, als könne man durch Einsparungen ausschließlich bei der Regierung neue Handlungsspielräume erschließen.

Neue Handlungsspielräume können wir uns nur dann erarbeiten, wenn wir alle Ausgabeposten auf ihren Mehrwert für unsere Gemeinschaft überprüfen und Prioritäten festlegen. Das gilt ebenfalls für den Unterrichtshaushalt. Insgesamt wäre da der parteiübergreifende Dialog wichtig. Ich bedanke mich deswegen für die Unterstützung der Ecolo-Fraktion und auch der Vivant-Fraktion, die sich zu einem konstruktiven Durchforsten bereit erklärt haben. Ich hoffe, dass die CSP auch bereit sein wird, sich daran zu beteiligen. Wenn es so ist, bin ich bereit, dies als positiven Ansatz anzuerkennen. Denn wir erinnern uns, dass in der letzten Legislaturperiode genau dieser Dialog, den wir damals aus der Opposition heraus vorgeschlagen hatten, an der CSP und deren Haltung gescheitert ist. Ich hoffe, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Wir müssen jetzt den Mut aufbringen, bestimmte Vergünstigungen in Frage zu stellen.

In diesem Zusammenhang ist der Sammeldekretentwurf im Unterrichtswesen ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir werden diesen Entwurf nach den entsprechenden Konzertierungen mit Sicherheit im Detail besprechen. Kurz einige Worte dazu, weil Kollegen danach gefragt haben. Sie wissen, der Entwurf schlägt eine Abänderung der Vorruhestandsregelung vor. Kollege Palm fragte, wie viel der Vorruhestand koste. Er kostet brutto 2,8 Millionen EUR. Korrekterweise - das muss man hinzufügen - kostet er netto entscheidend weniger, d.h. ungefähr 1,2 Millionen EUR, weil wir berücksichtigen müssen, dass bei jedem Vorruheständler ein jüngeres Personalmitglied nachrückt, für das wir weniger bezahlen müssen. Wir gehen davon aus, dass ein Vorruheständler - es gibt deren 121 in der Gemeinschaft, davon 11 in halbezeitiger Anstellung - im Schnitt zwischen 9.000 und 10.000 EUR kostet.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist das bestehende System gesellschaftspolitisch falsch und nicht mehr zu finanzieren. Wir schlagen deshalb vor, das Vorruhestandsalter von 55 auf 58 Jahre anzuheben. Aus dieser Regelung sind ausdrücklich all jene herauszunehmen, die heute 54 Jahre alt sind und bis zum 1. September 2005 55 Jahre alt sein werden. Natürlich darf ebenfalls darüber nachgedacht werden, welche Alternativen wir denjenigen anbieten können, die sich jetzt schon auf diesen Vorruhestand eingestellt haben, beispielsweise diejenigen, die heute 53 Jahre alt sind. Wir wissen, wie anstrengend der Lehrerberuf ist, wie hoch die Krankheitsraten sind und wie ernst das Problem des Burn-out-Syndrom zu nehmen ist. Deshalb verhandeln wir gerade mit den Gewerkschaften darüber - letzten Freitag ein erstes Mal während viereinhalb Stunden. Drei weitere Konzertierungssitzungen sind bis Mitte Januar anberaumt worden. Ich habe nicht umsonst zu einem offenen Dialog aufgerufen.

Ich muss allerdings davor warnen, allzu kostspielige Kompromisse einzugehen, denn jeder Kompromiss mindert den Spareffekt und verzögert vor allem die Schaffung der erhofften Handlungsspielräume. Wie wir gestern von allen Rednern gehört haben, werden wir gerade im Unterrichtswesen Handlungsspielräume brauchen. Schließlich geht es nicht darum, dem Unterrichtswesen etwas wegzunehmen. Ganz im Gegenteil: Es geht darum, innerhalb des Unterrichtshaushalts umzuschichten und Prioritäten festzulegen. Es geht darum, die Mittel innerhalb des Unterrichtshaushalts, so wie er vorgestellt wurde, auf das Wesentliche zu konzentrieren mit genau dem Ziel, Handlungsspielräume zu erarbeiten, die wir brauchen werden, um die Bildungsqualität zu steigern. Kollege Chaineux hat zu Recht erwähnt, dass das Kind im Mittelpunkt stehen muss. Wir wissen, dass diese Handlungsspielräume nicht vom Himmel fallen werden. Also müssen wir zu solchen Maßnahmen bereit sein.

Dasselbe gilt ebenfalls für die Einführung der so genannten „plages horaires“ für Teilzeitbeschäftigte, die mindestens einen halben Stundenplan leisten. Nur diese werden davon betroffen sein. In unseren Augen handelt es sich hierbei um eine völlig logische Anpassung an die Rechte und Pflichten von Vollzeitbeschäftigten. Wer einen halben Stundenplan leistet, der sollte in aller Logik auch halb so viel arbeiten müssen wie ein Vollzeitbeschäftigter mit einem vollen Stundenplan. Nichts anderes schlagen wir vor. In der Praxis hat das zur Folge, dass der Schulträger den Teilzeitbeschäftigten in bestimmten Fällen eine zusätzliche Stunde auferlegen kann, wenn das aus organisatorischen Gründen erforderlich sein sollte. Diese Maßnahme wird im Grundschulwesen kaum praktische Auswirkungen haben. Im Sekundarschulwesen ergibt sich dagegen, dass die Teilzeitkräfte mit mindestens einem halben Stundenplan beispielsweise statt 10 nun 11 Unterrichtsstunden bzw. statt 11 nun 12 Unterrichtsstunden leisten müssen, falls der Träger dafür einen Bedarf erkennt.

Der ebenfalls vorgeschlagene Ernennungsstopp im Grundschulwesen hat keinen direkten Einspareffekt. Er hat vor allem einen vorbeugenden Effekt, denn er trägt nur der ganz klar absehbaren Schülerzahlenentwicklung Rechnung und verfolgt das Ziel, nicht jetzt Lehrpersonen auf Lebenszeit zu ernennen, von denen wir wissen, dass sie schon in absehbarer Zeit keine Arbeit mehr haben werden. Es stehen noch drei Konzertierungen mit den Gewerkschaften bevor. Bis jetzt verlaufen die Verhandlungen konstruktiv. Ich hoffe, das geht so weiter. Wir haben vereinbart, diese Konzertierungen Mitte Januar abschließen zu können. Dann werden wir dieses Sammeldekret in der Regierung in zweiter Lesung besprechen und verabschieden sowie die dann notwendige gesetzliche Prozedur über Finanzinspektion, Staatsrat und Parlament einleiten.

Eines möchte ich klarstellen: Die Tatsache, dass wir diesen Sammeldekretentwurf jetzt vorgestellt haben, hat nichts damit zu tun, dass nun im Unterrichtswesen Weihnachtsferien vor der Tür stehen. Es hat ausschließlich damit zu tun, dass wir dieses Dekret im nächsten Schuljahr 2005-2006 in Kraft treten lassen möchten. Nichts wäre unverantwortlicher, als über Vorruhestandsabänderungen zu reden und dann erst im übernächsten Schuljahr eine solche in Kraft treten zu lassen. Wer die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen kennt, weiß auch, dass wir diesen Dekretvorentwurf jetzt vorlegen mussten, wenn wir die neue Regelung bis zum nächsten Schuljahr einführen wollen. Alles andere hätte dazu geführt, sie bis auf das übernächste Schuljahr zu verschieben.

Meine Damen und Herren! Diese Maßnahmen sind absolut notwendig und vertretbar. Ich hoffe, dass Sie alle in diesem Hause nicht nur Handlungsspielräume fordern werden, sondern ganz konkret in der Praxis dazu beitragen können und werden, solche Handlungsspielräume zu finden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)